

Deutsche Rundschau

in Polen

früher Ostdeutsche Rundschau
Bromberger Tageblatt
Pommereller Tageblatt

Bezugspreis: Polen und Danzig: In den Ausgabestellen und Filialen monatl. 3.50 zł. mit Zustellgeld 3.80 zł. Bei Postbezug monatl. 3.89 zł. vierteljährlich 11.66 zł. Unter Streifenband monatl. 7.50 zł. Deutschland 2.50 RM. — Einzel-Nr. 25 gr. Sonntags-Nr. 30 gr. Bei höherer Gewalt (Betriebsstörung etc.) hat der Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. — Fernruf Nr. 3594 und 3595.

Anzeigenpreis: Polen und Danzig die einpaltige Millimeterzeile 15 gr. die Millimeterzeile im Reklameteil 125 gr. Deutschland 10 bzw. 70 Pf. übriges Ausland 50%, Aufschlag. — Bei Platzvorschrift u. schwierigerem Satz 50%, Aufschlag. — Abbeileitung von Anzeigen schriftlich erbeten. — Offertengebühr 100 gr. — Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen. Postkonten: Polen 202157. Danzig 2528. Stettin 1847.

Nr. 160 A

Bndgoszcz/Bromberg, Sonnabend, 17. Juli 1937.

61. Jahrg.

Schutz des deutschen Volkstums in Ungarn.

Eine beachtenswerte Erklärung des Innenministers von Szell.

Der ungarische Innenminister von Szell hat über Ungarns Minderheiten-Politik eine Erklärung mit besonderer Berücksichtigung der großen deutschen Minderheit abgegeben, in der er betonte, daß die Ungarische Regierung, die bisher erlassenen Bestimmungen über das kulturelle Eigenleben im praktischen Leben reiflos verwirklichen und dafür die ganze Autorität einsetzen werde. Die Erklärung hatte, nach einem Bericht des Deutschen Nachrichten-Bureaus, folgenden Wortlaut:

„Ich möchte mich über die brennendste, daher also die ernsteste Frage des durch die Friedensverträge geschaffenen Mitteleuropas, über das Minderheitenproblem, und zwar im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern, über dessen Beziehungen auf Ungarn äußern.

Die Ungarische Regierung ist stets bestrebt gewesen, ihren auf strenger völkerrechtlicher Grundlage beruhenden Standpunkt in bezug auf die im Ausland lebenden ungarischen Minderheiten allen in Betracht kommenden Instanzen unter Zuhilfenahme legaler Mittel bekanntzugeben und ihm nach Möglichkeit Geltung zu verschaffen. Wir wünschten niemals anderes, als das, was sich die einschlägigen Verträge als Ziel gesetzt haben, nämlich daß unsere Minderheiten, im Besitze ihrer vollkommenen politischen Freiheit, ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können. Wenn auch diese Bestrebungen der jeweiligen Ungarischen Regierungen nur selten von Erfolg gekrönt worden sind, so sind davon keine eigenen Unterlassungen schuld. Die aktuelle politische Kraftverteilung, die Organisation und die heutige Einstellung des Völkerverbandes, denen gegenüber sich das Recht und die politische Zweckmäßigkeit nicht durchsetzen konnten, haben diesen sehr bedauerlichen Umstand geschaffen, der gewiß nicht zum Frieden beigetragen, sondern im Gegenteil sogar die Verbreitung des Geistes der Versöhnung verhindert hat.

Die logische Folge dieser unserer Auffassung ist das Verhalten der Ungarischen Regierung gegenüber den innerhalb der heutigen Landesgrenzen lebenden Staatsangehörigen nicht ungarischer Sprache. Unter diesen steht an erster Stelle, als die zahlenmäßig größte, die ungarländische deutsche Minderheit, die ihre unverbrüchliche Verbundenheit nicht nur mit dem Ungarischen Staat, sondern auch mit der Ungarischen Nation, wie stets in der Vergangenheit, so gewiß auch in der Zukunft bewahren wird.

Nach einem geschichtlichen Rückblick auf die Vergangenheit muß ich feststellen, daß auch die deutsche Minderheit in Ungarn nicht zu den autochthonen, ursprünglichen Einwohnern des ungarischen Bodens gehört. Unsere deutschen Landsleute sind als herbeigerufene Siedler nach Ungarn gekommen zur Auffüllung der damals gelichteten Reichen des Ungarntums, das in der Verteidigung Europas, im Kampf gegen den das Christentum bestürmenden Islam große Verluste erlitten hat. Diese deutschen Siedler lebten mit uns stets in brüderlichem Einvernehmen. Seitens des herrschenden Volks konnten keine Bestrebungen zur Verschmelzung (Enddeutschung) wahrgenommen werden.

Wo sie zu Ungarn geworden sind, geschah dies automatisch, im Wege der natürlichen gesellschaftlichen Abfordrton.

Sie sind aber Deutsche geblieben

dort, wo sie in Massen lebten. In der unmittelbaren Nähe der ungarischen Hauptstadt gibt es noch heute deutschsprachige Gemeinden; diese konnten zwei Jahrhunderte hindurch unbehelligt leben und sich in ihrer deutschen Kultur entwickeln. Wenn dies nicht so gewesen wäre, gäbe es heute keine deutschen Minderheiten mehr in Ungarn. Hinsichtlich der Ausübung der staatsbürgerlichen Rechte und auf wirtschaftlichem Gebiet wurde jede Minderheit, in der Vergangenheit und auch in der Gegenwart auf gleiche Weise behandelt wie die ungarische Mehrheit. In dieser Beziehung sind auch niemals Beschwerden laut geworden.

Der allgemeine Leitsatz unserer Minderheiten-Politik ist, daß Ungarn keine deutsch- oder anderssprachigen Staatsangehörigen wenigstens so gut behandeln will, wie dies ungarischerseits von jenen Staaten erwartet wird, auf deren Gebiet Minderheiten ungarischer Muttersprache leben. Unsere einschlägigen Rechtsbestimmungen stehen mit dieser Zielsetzung in vollkommenem Einklang.

Hieraus ergibt sich, daß Ungarn keine neuerlichen grundlegenden Verfügungen auf dem Gebiet des Minderheitenswesens zu treffen hat. Es ist nur notwendig, daß die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben reiflos verwirklicht werden, und dies ist auch der vorbehaltlose, feste Vorsatz der Ungarischen Regierung.

Falls diesen Absichten der Regierung entgegengeetzte unverantwortliche Bestrebungen aufstauen sollten, ist die Regierung entschlossen, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitsätze des Staates in der Minderheitenfrage gefährdet erscheinen. Dieser Vorsatz bezieht sich vor allem auf die Schlußfrage, auf die Freiheit der Bildung kultureller und religiöser Vereine, sowie auch darauf, daß die Regierung keine Bestrebungen zur Geltung kommen läßt, die gegen die Freiheit der kulturellen Betätigung und des Sprachgebrauchs der deutsch- und an-

derssprachigen Minderheit gerichtet wären, wie ich dies in einer Weise, die jeden Zweifel ausschließt, wiederholt erklärt habe.“

Brücke zwischen zwei Völkern.

Rudolf Heß begrüßt die Budapester Erklärung.

Zu den Ausführungen des ungarischen Innenministers über Ungarns Einstellung zu der Minderheitenfrage gab der Stellvertreter des Führers Rudolf Heß folgende Erklärung ab:

„Die Erklärungen, die Minister von Szell in der ungarischen Presse über den Standpunkt seiner Regierung in der Volksgruppenfrage abgegeben hat, sind in der deutschen Öffentlichkeit mit Befriedigung aufgenommen worden. Wenn er sich zu dem Wunsche bekennt, daß die ungarischen Volksgruppen, die inmitten fremder Staaten leben, „im Besitze ihrer vollkommenen politischen Freiheit ihre geistige und wirtschaftliche Kultur entwickeln und somit weiterhin bestehen können“, so deckt sich diese gerechte Forderung durchaus mit unserer Auffassung hinsichtlich der deutschen Volksgruppe in Ungarn.

Schlusssitzung der Gemischten Kommission für Oberschlesien

„Der Geist der Verständigung ist die Grundlage des wirklichen Minderheitenschutzes“.

Mit dem Ablauf der 15jährigen Übergangsfrist verschiedener Bestimmungen des deutsch-polnischen Abkommens über Oberschlesien haben auch die beiden internationalen Einrichtungen, die Gemischte Kommission für Oberschlesien mit dem Sitz in Katowitz und das Schiedsgericht für Oberschlesien mit dem Sitz in Bentzen, ihre Tätigkeit eingestellt. Während die Gemischte Kommission mit dem 14. Juli ihre Tätigkeit reiflos beendet hat, bleibt das Schiedsgericht für Oberschlesien noch zur Abwicklung laufender Verfahren im Amt.

Beide Instanzen versammelten sich im Laufe des Donnerstags an den Orten ihres Wirkens zu feierlichen Vollsitzungen unter Teilnahme sämtlicher Mitglieder und Beamten, der Vertreter der Regierungen des Reiches und der Polnischen Republik sowie der beiderseitigen staatlichen Behörden.

Während der Sitzung der Gemischten Kommission in Katowitz gab deren Präsident, der schweizerische Bundespräsident Calonder, einen Abriss der umfangreichen Arbeit der Kommission besonders auf dem Gebiet der Minderheitenfragen, wobei er betonte,

daß der gute Wille und der Geist der gegenseitigen Verständigung die unerläßliche Grundlage für jeden wirklichen Minderheitenschutz bilden.

Keine noch so genaue Vertragsbestimmung oder Gesetzesvorschrift könne einen Ersatz bieten. Der Präsident dankte den beiden Regierungen, den Behörden beider Staaten und insbesondere den ehemaligen und heutigen Mitgliedern der Kommission, den beiderseitigen Staatsvertretern und den Leitern der Minderheitsämter für die ihm zuteil gewordene Unterstützung. Der Präsident schloß seine Ansprache mit den besten Wünschen für die Wohlfahrt der beiden Nationen, für den Frieden und für eine erprobliche Zusammenarbeit zwischen allen Volksteilen. Er empfahl die Minderheiten Oberschlesiens dem Schutz ihrer großen und mächtigen Staaten.

Im Mittelpunkt der

Vollsitzung des Schiedsgerichts

für Oberschlesien standen die Ausführungen des Präsidenten des belgischen Professors Dr. Raekenbeek, der über die schwierige Arbeit des Gerichts berichtete und gleichfalls seinen Dank an die beiden Regierungen wie auch an alle mitarbeitenden Behörden beider Staaten Ausdruck gab.

Auf beiden Sitzungen sprachen noch die deutschen und polnischen Mitglieder der Einrichtungen sowie die beiderseitigen Staatsvertreter, die ebenfalls ihre Befriedigung über die Zusammenarbeit im Sinne der Verständigung zwischen beiden Nationen ausdrückten.

Die Polnische Politische Information, die Agentur des polnischen Außenministers Bed, nimmt zum Ablauf der Genfer Konvention ausführlich Stellung. Sie sagt, man könne nicht bestreiten, daß eine ganze Reihe von Bestimmungen der Genfer Konvention, besonders auf wirtschaftlichem Gebiet, den Interessen des Territoriums entsprechen und Nutzen gebracht hat. Das Übergangsregime aber, das durch die Konvention bestimmt wurde, habe auf dem Gebiet Oberschlesiens zu einer ganzen Reihe höchst unerwünschter Komplikationen geführt, die die normale Gestaltung der inneren Verhältnisse in der Wojewodschaft erschweren und sich auf die internationalen Beziehungen Polens ————— schädlich auswirkten.

Eine große Beruhigung enthalten für uns die Worte Herrn von Szells, mit denen er den festen Vorsatz der Ungarischen Regierung ankündigt, hinsichtlich der deutschen Volksgruppe „die bisher erlassenen Bestimmungen im praktischen Leben reiflos zu verwirklichen“. Hierbei handelt es sich um Maßnahmen, die die freie geistige Entfaltung des deutschen Volkstums in Ungarn gewährleisten sollen.

Wenn Herr von Szell darauf hinweist, daß er seine Erklärung im Einvernehmen mit den zuständigen Ministern abgegeben hat, und daß die Ungarische Regierung entschlossen ist, von ihrer Autorität in jedem Falle Gebrauch zu machen, wenn die Durchführung der grundlegenden Leitsätze des Staates in der Minderheitenfrage gefährdet erscheinen, so stellen wir dies mit aufrichtiger Genugtuung fest. Wir können daher auch das Vertrauen haben, daß die deutsche Volksgruppe in Ungarn neben der politischen Freiheit und wirtschaftlichen Gleichstellung auch die Möglichkeit zu einer ungehemmten kulturellen Entwicklung haben wird. Angesichts der Jahrhunderte alten Freundschaft zwischen dem deutschen und ungarischen Volk ist es — das möchte ich ausdrücklich erklären — unser Wunsch und unsere Hoffnung, daß die ungarländische deutsche Volksgruppe wie bisher so auch in Zukunft in Treue dem Ungarischen Staat dienen und dadurch auch weiterhin eine Brücke zwischen beiden Völkern darstellen wird.“

Das Erlöschen der Konvention mache dieser Situation nun ein Ende. Die Agentur findet auch, daß die Konvention im Laufe der Zeit eigentlich überflüssig geworden sei, denn in den letzten 15 Jahren, so schreibt sie, sei eine ganze Reihe von Fragen unaktuell geworden, andere wiederum hätten automatisch ihre Liquidierung gefunden, wieder andere seien in direkten Verhandlungen zwischen Deutschland und Polen erledigt worden. Jetzt seien deutsch-polnische Verhandlungen über Ost-Oberschlesien geführt worden, die in der Atmosphäre des Verständigungsabkommens vom Jahre 1934 stattgefunden hätten. Außerdem werden sich in der nächsten Zeit Sejm und Senat mit der oboerschlesischen Frage befassen.

Schließlich erklärt die Agentur, daß das Erlöschen der Genfer Konvention keinerlei radikale Änderungen in der Politik der Republik Polen gegenüber Oberschlesien bringen werde. Gerade das Gegenteil werde eintreten. Die komplizierten Präzeduren der Konvention seien nicht imstande gewesen, den Konsolidierungsprozeß des Polnischen Staates zu verhindern, noch der Politik der Republik nach innen und außen zu schaden. Die Politik Polens werde auch nach dem Erlöschen der Konvention weitergeführt werden, und die Verhältnisse in Oberschlesien würden durch grundsätzliche Bestimmungen ihre eigentliche Form erhalten.

Bemerkenswerte polnische Bilanz.

Bemüht sich die „Polnische politische Information“ in dem Kommentar zum Ablauf der Genfer Konvention für Oberschlesien noch um einen verhältnismäßig sachlichen Ton, so sind dagegen die anderen Organe hingegen sehr viel weniger maßvoll. Während der industrielle „Kurjer Polski“ das Hauptgewicht auf die wirtschaftlichen Strukturänderungen legt, die sich während der abgelaufenen 15 Jahre ergeben haben, und abschließend eine halbige gegenseitige deutsch-polnische Regelung der Minderheitenfrage vor notwendig hält, ergeht sich der Krakauer „Ziustrowany Kurjer Codzienny“ in einer ausführlichen Darstellung der oboerschlesischen Aufstände der Abstammung vom Jahre 1922. Dabei kommt dieses Blatt zu dem erstaunlichen Ergebnis, daß sich zwei Drittel für Polen erklärt hätten.

Am Interessantesten aber ist der Leitartikel des Berliner Korrespondenten, der dem Außenministerium nahestehenden „Gazeta Polska“, der selbst Mitkämpfer der oboerschlesischen Aufstände war. Er stellt fest, daß der 15. Juli für Polen keinen Anlaß zu besonderer Festesfreude gebe. Man werde dieses Datum halb vergessen. Man soll weiterhin den 20. Juni als den Tag feiern, an dem polnisches Militär in Ostoberschlesien eingerückt sei. Am heutigen Tag aber müsse man feststellen, daß Polen „keine Pflicht im Industriegebiet weitgehend erfüllt“ habe. Der deutsche Kapitalanteil sei von 100 auf 40 Prozent gefallen. Die Zahl der in der oboerschlesischen Industrie beschäftigten polnischen Beamten habe sich von 0 auf 70 Prozent erhöht, von den Handwerkern seien heute etwa 56 Prozent, von den Kaufleuten etwa 69 Prozent Polen, etwa 30 000 Polen arbeiteten heute in den staatlichen Behörden und Selbstverwaltung Oberschlesiens, und 200 000 polnische Kinder würden in ihrer Muttersprache unterrichtet. Welche unsagbaren Opfer der deutschen Volksgruppe auferlegt wurden, damit diese Zustände erreicht werden konnten, bleibt in der „Gazeta Polska“ unerwähnt, wenn ihr Korrespondent abschließend zufrieden feststellt: „Auf die in Oberschlesien vollbrachte Arbeit dürfen wir stolz sein.“

In dem der Warschauer Regierung nahestehenden Blatt werden die Dinge also gesehen, als ob die Pflicht Polens im Industriegebiet vorwiegend in der Verdrängung des deutschen Bevölkerungsteils aus Besitz und Arbeit bestanden und das trotz der Bestimmungen des vom Polnischen Staat anerkannten Abkommens, das den Deutschen volle Gleichberechtigung in jeder Hinsicht zuerkannte. Demgegenüber unterstreicht die „Schlesische Zeitung“ den deutschen Standpunkt, daß Polen weder durch seine Erklärungen vor dem Völkerbundrat im September 1924 noch jetzt durch den Ablauf der Fristen des Genfer Abkommens seiner Verpflichtungen gegenüber den nationalen Minderheiten ledig geworden ist. Im Gegenteil, was die Deutschen betrifft, so sei es durch die Verpflichtung des deutsch-polnischen Abkommens im Dienst des „gerechten und billigen Ausgleichs beider Interessen“ in besonders eindringlicher Weise an sie gebunden. Die Bestimmungen besagen nicht anderes, als daß der Kampf um die gegenseitige Entnationalisierung aufgehört und durch ein friedliches und loyales Nebeneinander ersetzt werden soll. Wenn man dagegen heute „Siegesebilanzen aufstelle und ein Fortschreiten der Polonisierungsoffensive fordere, so sei diese Einstellung mit dem deutsch-polnischen Freundschaftsabkommen weder dem Sinne noch dem Wortlaut nach vereinbar.

viel an ihren Einflüssen eingebüßt und ist teilweise zu einem oppositionellen Element geworden.

Die Lage erfährt dadurch eine Verwicklung, daß in der sog. Naprawa-Gruppe, von welcher Oberst Slawek vorher bekämpft worden war, gegenwärtig eine vollständige Verwirrung herrscht, so daß schwer vorzusehen ist, welchen Standpunkt die einzelnen, dieser Gruppe angehörenden Abgeordneten in der kommenden Session einnehmen werden.

Im Sinne dieser Auffassung wäre demnach die Möglichkeit nicht ganz auszuschließen, daß das Parlament in der kommenden Session zum Schauplatz mancher politischen Zwischenfälle wird, besonders dann, wenn sich Oberst Slawek wirklich entschließen sollte, einen Vorstoß der „Unpersönlichen“ offen unter sein Patronat zu nehmen. Die persönliche Autorität des nächsten politischen Mitarbeiters des Marschall Piłsudski ist zu groß, als daß sein Widerstand, wenn er ernstlich ist, mit kleinen Mitteln des Zumschweigenbringens... gebrochen werden könnte.

Aber schließlich braucht es hinter den Kulissen keineswegs genau so aussehen, wie es der „Wieczór Warszawski“ auf Grund vielerseitiger Informationen schildert. Der Bawel-Konflikt ist beseitigt — und damit natürlich auch viel Zündstoff im Parlament.

Papst und Abuna in Abessinien.

Die kirchliche Neuordnung.

Papst Pius XI. hat nach recht ausgedehnten Vorarbeiten die neue Kirchenordnung für das Gebiet des ehemaligen Äthopiens bekanntgegeben. Das kirchliche Statut ist höchst ausführlich, weil aus ihm mit großer Deutlichkeit hervorgeht, daß die katholische Kirche bis an die Grenze des Möglichen Rücksicht genommen hat auf die neue imperiale Verwaltungsgliederung Italiens. Die neuen kirchlichen Behörden entsprechen ziemlich genau den politischen Regierungen und Bezirken, die Italien auf dem Gebiet des alten Negusreichs mittlerweile eingerichtet hat.

Es wird, wie das „Berliner Tagebl.“ berichtet, fortan in Ostafrika fünf Apostolische Vikariate geben, nämlich in Addis Abeba, Harar, Gimma, Mogadiscio und Erythraa. In einer Reihe gleichfalls wichtiger Städte werden auch noch Apostolische Präfecturen eingerichtet, die meistens Missionsorden anvertraut worden sind. Wie man sieht, werden die Apostolischen Vikariate durchweg in die Regierungshauptstädte gelegt. Die römische Kirche berücksichtigt aber nicht nur die verwaltungstechnischen Wünsche des Staates, sondern ließ sich auch zu einer kirchlichen Ordnung nach nationalen Gesichtspunkten herbei. Die Apostolische Präfectur Gibuti ist jetzt aus dem Imperium ausgeklammert worden, und der bisher in Galla residierende französische Apostolische Vikar namens Darosseau verliert diese Stellung. Damit ist einem alten italienischen Wunsch Rechnung getragen worden: Die Geistlichkeit, die sich in Abessinien niederläßt, soll zugleich Träger der italienischen Kultur in bisher uneröffneten Gegenden werden.

Von Rhodos nach Ostafrika.

Als höchster Würdenträger der römischen Kirche ist der bisher in Rhodos amtierende Erzbischof Castellani bestimmt worden. Er visitierte bald nach der Eroberung im päpstlichen Auftrag das Abessinische Reich und erstattete darüber in Rom Bericht. Castellani geht jetzt als Apostolischer Vikar von Addis Abeba und als Apostolischer Delegat für ganz Italienisch-Ostafrika nach dem Kolonialreich. Die kirchliche Neuordnung in Abessinien verdient, wie aus alledem hervorgeht, auch aus politischen Gründen einige Aufmerksamkeit. Um so mehr, als die koptische Kirche in Abessinien bisher eine neue Rechtsordnung noch nicht zu erreichen vermochte. Der Abuna Cyrill V., den man allgemein als Haupt der koptischen Kirche ansieht, hält sich augenblicklich in Italien auf. Seine Reise wird sicherlich auch mit dem Problem der Neuordnung der koptischen Kirche zusammenhängen. Kirchenrechtlich gesehen, ist indessen, wie dieser Tage Corrado Poli in der römischen „Tribuna“ darlegte, nicht der Abuna das Haupt der koptischen Kirche. Als Oberhaupt hatte bis zu seiner Flucht der Negus zu gelten, dem der Abuna gleichsam als oberster Ratgeber diente.

Noch drei koptische Bischöfe im Amt.

Der Negus hatte 1929 vom Patriarchen von Alexandria die Investitur des ägyptischen Geistlichen Saïdarus el Antoni mit der Würde eines Abuna erwirkt. Es gibt auch heute noch in Abessinien Mönchsreife, die sich gegen die Zuteilung allzu hoher kirchlicher Würden an den Abuna Cyrill als „Landesfremden“ energisch zur Wehr setzen. Im gleichen Jahr 1929 erreichte der Negus in Alexandria die Einsetzung von fünf Bischöfen in Äthiopien. Von diesen sind noch drei im Amt: der Ceechie (Oberhaupt des Mönchswezens) Abba Gabo Menfes Cheddu sowie die Abuna Abraham und Naal. Mit dem vierten Bischof, dem Abuna Petros, hat Italien schlimme Erfahrungen gemacht. Abuna Petros beteiligte sich im vorigen Sommer aktiv an einem Aufstandsversuch gegen Italien und büßt seine Schuld heute in der Haft in Assis.

Es stellt sich also Italien zunächst einmal die Frage: Wer ist nun eigentlich nach dem Weggang des Negus das wirkliche Oberhaupt der koptischen Kirche? Und es stellt sich die weitere Frage: Wie soll die koptische Geistlichkeit besoldet werden? Denn es ist klar, daß die alte so viel böses Blut machende Abgabenordnung des Negus im Italienischen Imperium nicht mehr aufrechtzuerhalten ist. Offenbar wird die Notwendigkeit einer Klärung in der Angelegenheit der koptischen Kirche auch in den politischen Kreisen Italiens nunmehr als dringlich empfunden. Auf alle Fälle ist die früher so außerordentlich privilegierte koptische Kirche gegenüber der katholischen etwas ins Hintertreffen geraten.

Die Kirchenfrage in Deutschland.

Die Polnische Telegraphen-Agentur verbreitet aus Berlin folgende Meldung:

Der Berliner Bischof, Graf Preysing, hatte kürzlich in den katholischen Kirchen Berlins zu Gebeten für die einige zehn verhafteten evangelischen Geistlichen der Bekenntnisirche aufgefordert. Der Bischof hatte dabei darauf hingewiesen, daß die Katholiken angesichts der gemeinsamen Verfolgungen den Evangelischen ihr Mitgefühl bezeigen müßten.

Im Zusammenhang damit greift der „Angriff“ den Bischof an und wirft ihm Zusammengehen mit staatsfeindlichen Elementen vor, wodurch die Katholiken eine gemeinsame christliche Front mit den Protestanten schafften. Das Blatt erklärt, daß dies im Widerspruch stehe zu den katholischen Dogmen. Ähnlich anderen Blättern weist der „Angriff“ mit Ironie darauf hin, daß die gemeinsame Aktion von Katholiken und Evangelischen mit dem feierlichen Empfang des päpstlichen Legaten in Frankreich durch die Volksfront zusammenfalle.

Wie die Polnische Telegraphen-Agentur weiter aus Berlin berichtet, wird nach Informationen aus glaubwürdiger Quelle die Anklageschrift gegen den in Haft befindlichen Pastor Niemoeller noch in dieser Woche fertiggestellt. Niemoeller befindet sich gegenwärtig im Untersuchungsgefängnis Moabit. Er wird sich auf Grund des Gesetzes über Vergehen gegen den Staat und gegen führende Persönlichkeiten von Staat und Partei zu verantworten haben. Das Gesetz sieht eine besondere Prozedur für Vergehen dieser Art vor.

Neue japanische Truppen für China.

Nach Ansicht hiesiger ausländischer Beobachter hat die Lage in Nordchina nur eine vorübergehende Beruhigung erfahren. Peiping wird nach wie vor von den Japanern belagert, die ständig neue Verstärkungen erhalten. Die Kämpfe halten an. Auf der Fahrt von Tientsin nach Fengtai streifen 700 japanische Soldaten bei der Bahnstation Lofa mit chinesischen Truppen zusammen.

Das japanische Kriegsministerium hat ein amtliches Communiqué veröffentlicht, in dem mitgeteilt wird, daß sich die Verschickung größerer Truppenmassen aus Japan nach Nordchina als notwendig erwiesen habe, da sich die Lage dort nunmehr sehr zugespitzt hätte. Die Einschiffung neuer Truppen einheiten hat bereits stattgefunden. Wie diese Ankündigung des Kriegsministeriums von chinesischer Seite aufgenommen worden ist, wurde bisher noch nicht bekannt.

Tausend Morde im Monat!

Erschreckende Zahlen der amerikanischen Kriminalstatistik.

Die amerikanische Öffentlichkeit hat zurzeit ein aufregendes Thema: Die unerhörte Verbreitung der Kriminalität unter Jugendlichen und sogar unter Kindern. Die neueste amerikanische Kriminalstatistik zeigt, wie aktuell dieses Thema ist.

Die soeben veröffentlichten Polizeiberichte in den USA bieten ein grauenhaftes Bild. Einige Beispiele zeigen das: In Chicago hat der 15jährige Warner Cory, Mitglied einer Gangsterbande, den Polizisten Edward Smith niedergeschossen. Und das bei der sehr energischen Tätigkeit der weltberühmten G.-Männer. In Newyork erdroffelte der 17jährige Eddie Moran eine alte Dame, Miss Clara Hewis, eine entfernte Verwandte, weil sie ihm die 3 Dollar, die er zum Betteln brauchte, nicht geben wollte. Herbert Nicols, gleichfalls 17jährig, erschoss einen Sherif, der ihn bei einem Einbruch erwischt. 18- und 17jährige Mörder sind eine ganz alltägliche Erscheinung. So hat in Monroe im Staat Louisiana der 18jährige Dawson Cromson eine Lebensgefährtin ermordet, beraubt — um ganze 8 Dollar — und dann ihren kleinen Gemütsladen in Brand gesteckt. In Richmond Hill, Long Island, knallte der 13jährige Michael Poncranshaw den Händler Marcus Gold nieder, als er nicht sofort auf die Aufforderung des jugendlichen Räubers die Hände hochhob. Zwischen Mitgliedern einer Autodiebesbande entbrannte in Maccoq, Illinois, Streit, wobei ein 15jähriger ein 17jähriges junges Mädchen erschoss. Im Bezirk Newyork überraschte die Polizei eine Bande von Straßenräubern, die ihr Handwerk in Autos verlied und die aus lauter Burschen und Mädchen unter 20 Jahren bestand.

Eine erschütternde Statistik. Monatlich fallen in USA tausend Personen Mordanschlägen zum Opfer. Die meisten Verbrechen werden nur in der Lokalpresse erwähnt. Nur ganz große Fälle erscheinen mit Schlagzeilen auf der ersten Seite der führenden Blätter. In den letzten Jahren seit 1927 zeigte die Kriminalstatistik der USA eine aufsteigende Linie. In diesem Jahr wurden 9470 Personen ermordet, d. h. 8,7 Prozent auf 100 000 Einwohner. Die entsprechenden Zahlen für 1928 waren 10 050 oder 8,8 Prozent, für 1929 — 9909 oder 8,5 Prozent. Im Jahre 1930 stieg die Zahl der Morde auf 10 617, im Jahre 1931 überstieg sie 11 000. Im Jahre 1933 erreichte sie ihren Höhepunkt mit 12 123 Morden oder 9,6 Prozent auf 100 000 Einwohner. In den letzten Jahren hält sich die Mordzahl auf der gleichmäßigen Höhe von 12 000 im Jahre. Während in USA das Verhältnis in Prozenten 9,5 Prozent Mordfälle auf 100 000 Einwohner beträgt, sind die entsprechenden Zahlen für Kanada nur 1,3 und für England nur 0,6. Chicago hat in der ganzen Welt die größte Mordzahl. Im Jahre 1926 wurden dort 510 Personen ermordet, im Jahre 1935 ging die Zahl auf 351 zurück, was immer noch sehr hoch ist. In Detroit fielen im Jahre 1926 immerhin 327 Personen Mordanschlägen zum Opfer, im Jahre 1935 „nur“ 105.

Wie das Kriminaldepartement behauptet, spielt das immer wieder angefachelte Interesse für Kriminalgeschichte aller Art in USA eine große Rolle bei der Verbreitung des Verbrechenswesens. Der Beruf des Kriminalreporters ist in Amerika sehr lohnend und angesehen. Die in fastiger Umschreibung von Kriminalreportern ferrierten Geschichten wirken auf schwache Jugendliche wie Gift. Man erzählt, wenn man aus dem vor kurzem erschienenen Bericht des besten Kriminalreporters der Vereinigten Staaten, Courtney Rylen Cooper, erfährt, daß der „Umsatz“ der Verbrecher in Zahlen ausgedrückt den Riesenertrag von 15 Milliarden im Jahre erreicht, während der normale Warenumsatz 60 Milliarden Dollar beträgt. Dabei sind die „Geschäfte“ des berüchtigten Al Capone Syndikats nicht einmal mit eingerechnet. Bankräuber schäben ihre „Einnahmen“ auf durchschnittlich 60 bis 100 000 Dollar im Jahre bei „kleinem“ Geschäft. Eine andere erschütternde Feststellung: Unter den 23 zum Tode verurteilten Verbrechern in Sing-Sing, die seit einiger Zeit im Totenhaus sitzen, sind 9 jünger als 21 Jahre, zwei haben das 17. Lebensjahr erreicht, einer ist 18 Jahre alt und sechs sind 19- bis 20jährig. Von den restlichen 14 Todesstrafen waren nur zwei 30jährig oder älter.

Von den 12 000 Mörderinnen werden aber trotz der glänzenden Organisation der G.-Männer und der Polizei durchschnittlich nur 9 000 gefaßt.

Das schlesische Minderheitenamt aufgelöst.

Im Zusammenhang mit dem Erlöschen der deutsch-polnischen Konvention über Oberschlesien wurde mit dem 15. d. M. das Amt für Minderheitenangelegenheiten, das in Oberschlesien auf Grund dieser Konvention bestand, aufgelöst. Eine entsprechende Verordnung des Warschauer Ministerrats ist bereits im „Dziennik Ustaw“ veröffentlicht worden.

Das Amt für Minderheitenangelegenheiten wurde durch eine Verordnung des Ministerrats vom 3. November 1922 eingeführt und hatte einen Übergangscharakter.

Fragezeichen über der kommenden außerordentlichen Session.

(Von unserem ständigen Warschauer Berichterstatter.)

Wie in politischen Kreisen Warschaus angenommen wird, dürfte die Unterzeichnung der außerordentlichen parlamentarischen Session zur Erledigung der dringenden schlesischen Angelegenheiten einberufenden Verordnung durch den Staatspräsidenten am 16. oder 17. d. M. erfolgen. Die Verordnung wird — wie man erwartet — die Angelegenheiten bestimmen, mit denen sich das Parlament in der außerordentlichen Session zu befassen haben wird.

Es handelt sich wohl um 5 bis 6 Gesetzesentwürfe, in denen bestimmt werden soll, daß die Wirksamkeit von Gesetzen, welche im ganzen Staatsgebiet, mit Ausnahme des schlesischen Gebiets, verstaatlichten, auch auf Oberschlesien erstreckt werden soll.

Einer weiteren Information zufolge wird die erste Session am Dienstag, dem 20. d. M., stattfinden. Aller Voraussicht nach wird das Arbeitspensum dieser außerordentlichen Session in einer einzigen Woche erschöpft sein können.

Was die Bawel-Frage betrifft, so ist sie bereits endgültig beigelegt und dürfte das Parlament keineswegs beschäftigen.

Über die Ereignisse unverhoffter Art, die in der kommenden außerordentlichen Session eintreten können, gehen die Mutmaßungen der politischen Beobachter gegenwärtig stark auseinander. Von oppositioneller Seite wird darauf hingewiesen, daß innerhalb des Legionär-Lagers ein schwerer Kampf im Gange sei, dessen Auswirkungen die politische Situation im allgemeinen und schließlich auch die Lage im Sejm erheblich belasten können. Es gäbe nämlich, wie eine neueste Prägung lautet, einen Kampf zwischen den „Revisionalisten“ und den „Unpersönlichen“.

Der „Wieczór Warszawski“ weist über den Widerstreit dieser beiden Richtungen im Legionär-Lager folgende Einzelheiten zu berichten:

„Die Revisionalisten, welche den jetzigen offiziellen Kurs unterstützen, sind dafür, daß unter die Zwistigkeiten der Vergangenheit ein Strich gemacht und im Wege der sog. Konsolidierung eine künstliche Stütze für die Regierung geschaffen werden müsse.“

Einen anderen Standpunkt nehmen die Unpersönlichen ein, an deren Spitze Slawek, Fedrzejewicz und ihr Anhang stehen. Diese Gruppe verlangt die Aufrechterhaltung des Nachmonopols des Nachmai-Lagers. Im Laufe des letzten Jahres hat diese Gruppe infolge des vom Marschal Smigly-Rydz eingeleiteten politischen Kurzes

Nus Stadt und Land.

Der Nachdruck sämtlicher Original-Artikel ist nur mit ausdrücklicher Angabe der Quelle gestattet. — Wenn unseren Mitarbeitern wird strengste Verschwiegenheit angeschlossen.

Bydgoszcz/Bromberg, 16. Juli.

Weist bedeckt.

Die deutschen Wetterstationen künden für unser Gebiet meist bedecktes kühleres Wetter an.

Die Familie Jesus.

Es gehört zur Tragik des Lebens Jesu, daß er von seiner eigenen Familie geliebt sein mußte. Seine Brüder glaubten nicht an ihn und seine Sendung, wie die Schrift berichtet, seiner Mutter Einmischung in sein Wirken, wie es Kanaan ihm begegnete, mußte er zurückweisen, ja, als Mutter und Brüder ihn besuchten wollten, mußte er sie fast verleugnen. Wer ist meine Mutter, wer sind meine Brüder? Das ist nicht hochmütiges Herunterblicken auf sie, das ist nicht kaltherzige Verschneidung natürlicher Bande, das ist dem Herrn gewiß nicht leicht geworden. Wir lebten ja später unter dem Kreuz, wie seine Mutter seinem Herzen nahe stand. Aber er stand unter einem höheren Gesetz, als dem des Fleisches und des Blutes. Höher als natürliche Verwandtschaft steht die Verwandtschaft im Geist. Darum konnten ihm seine Brüder solange nicht wahre Brüder sein, solange sie nicht an ihn glaubten, darum aber konnte er als seine Brüder und Schwestern und Mutter bezeichnen, die den Willen seines Vaters im Himmel taten (Matth. 12, 46-50). Da hielten wir in den Kreis der Familie Jesu. Er ist sehr eng und klein. Denn nur die gehören ihm an, die wie er den Willen Gottes tun und im Glauben zu ihm stehen. Und er ist doch wieder sehr weit und groß, denn alle, die so stehen, gehören dazu. Es gibt eine Verbundenheit der Christen in dieser Gottesfamilie, die nicht an Volk und Nation, an Land und Landschaft, an Stand und Stellung haftet, sondern die durch alle Völker und Zungen verbindet zu einer Gemeinschaft des Glaubens in Christo. Jetzt eben hat uns wieder die große christliche Welttagung in Oxford ein Bild dieser großen Gottesfamilie gegeben, ein Stück der einen heiligen allgemeinen christlichen Kirche der Brüder und Schwestern Jesu gezeigt. Es soll unseres Lebens höchster Adel sein, zur Glaubensfamilie Jesu zu zählen. Es kennt der Herr die Kleinen in jedem Volk und Land, am Werk der Gnadenriebe durch seines Geistes Stärk, an Glauben, Hoffnung, Liebe als seines Geistes Werk. D. Blan-Polen.

Die Attraktion der nächsten Zukunft:

Die Bromberger Woche.

Am vergangenen Mittwoch fand in Warschau eine Konferenz in der „Liga für Fremdenverkehrswerbung“ statt, an der der hiesige Referent für Touristik Rzeźniak sowie der Leiter des Bromberger Reisebüros „Orbis“, Direktor Karpiński, teilnahmen. In dieser Konferenz wurde folgendes über die sogenannte „Bromberger Woche“ („Tydzień Bydgoski“), die vom 31. Juli bis 8. August stattfindet und die eine großzügige Fremdenwerbung für Bromberg darstellen soll, festgelegt:

1. Das Verkehrsministerium hat individuelle Fahrpreisermäßigungen in Höhe von 50 Prozent für die An- und Abreise nach Bromberg auf Grund der sogenannten Teilnehmerkarten für die Bromberger Woche bewilligt.
2. Die Teilnehmerkarten sowie Propagandaflakate werden in ganz Polen durch die Filialen des Reisebüros „Orbis“ sowie durch die Eisenbahnbuchhandlung „Ruch“ vertrieben.
3. Die sogenannten Teilnehmerkarten kosten für die Bewohner der Wojewodschaft Pommerellen und Posen 1,25 Zloty und für alle anderen Wojewodschaften 2 Zloty. Dafür erhalten die Besitzer dieser Teilnehmerkarten: a) eine 50prozentige Eisenbahnermäßigung für die An- und Rückfahrt, b) kostenlosen Eintritt für die Wyczałkowski-Ausstellung im Reichsmuseum in Bleichfelde, c) eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung auf den Dampfern des Lloyd Bydgoski, d) eine 20prozentige Eintrittsermäßigung für die Internationale Regatta, e) eine 50prozentige Fahrpreisermäßigung auf den Bromberger Straßenbahnen, f) eine 50prozentige Ermäßigung auf der Bromberger Kreisbahn, g) eine 15prozentige Ermäßigung bei allen Veranstaltungen des Reisebüros „Orbis“ in Bromberg und h) eine 10prozentige Ermäßigung in allen Hotels und Restaurationen sowie die Befreiung von der Hotelsteuer.

Kredite zur Schaffung von Obstplantagen.

Wir entnehmen der polnischen Presse folgende Mitteilung:

„Der Kreisausschuß des Kreises Bromberg hat die Absicht, im laufenden Jahre niedrig verzinsbare Kredite, rückzahlbar in drei Jahren, zur Anlage von Obstplantagen zu erteilen. Den Vorrang bei der Erteilung der Kredite werden die Landwirte erhalten, die in Gegenden leben, in denen der Boden und die atmosphärischen Voraussetzungen für die Anlage solcher Obstplantagen günstig sind. Im Monat August wird ein besonderer Sachverständiger die einzelnen Gegenden prüfen und die Obstsorten bestimmen, die sich besonders für die betreffende Landschaft eignen. Um sich aber schon jetzt ein Bild über die eventuellen Kreditbedürfnisse machen zu können, fordert der Kreisausschuß alle Personen, die im Herbst von den Krediten Gebrauch machen wollen, auf, sich zu melden. Die Meldungen müssen gerichtet werden an: „Wydział Powiatowy, Bydgoszcz“. Die Meldung muß außer dem Namen und der genauen Adresse folgende Angaben enthalten:

1. Die Größe der Wirtschaft,
2. die Größe des Geländes, das der Besitzer für die Obstplantage zur Verfügung stellen will,
3. ob Obst gezeichnet wird und ob es schöne Früchte trägt, bzw. welche Früchte in der Nachbarschaft mit Erfolg gezeichnet werden.

Die genauen Bedingungen für die Erteilung des Kredits wird der Kreisausschuß nach Erlangung dieser Voraussetzungen bekanntgeben, wobei der Kreisausschuß darauf hinweist, daß die Meldung die Erlangung eines Kredits noch nicht bedingt.“

Wir entnehmen die obige Bekanntmachung der polnischen Presse und müssen betonen, daß sie uns nicht ausgegangen ist.

§ Höchstpreise. Zu der Veröffentlichung unter dieser Überschrift in Nr. 158 unseres Blattes müssen wir beichtigend feststellen, daß ein Kilogramm Schmer 2,10 und ein Kilogramm Salz 1,50-1,60 Zloty kostet.

§ Stadt-Archivar Professor Malewski. Am Mittwoch früh verstarb im Städtischen Krankenhaus in Bromberg Professor Zygmunt Malewski, der Bromberger Stadtarchivar, Herausgeber und Schriftleiter des „Przeglad Bydgoski“. Professor Malewski wurde 1874 in der Nähe von Lemberg geboren und studierte in Lemberg und Krakau. Er war Historiker und wandte sich besonders der Kunst und Literatur-Kritik zu. Nach Übernahme Brombergs durch die polnischen Behörden ließ er sich hier nieder und gab den „Przeglad Bydgoski“ heraus, eine wissenschaftliche Zeitschrift, die sich besonders die Pflege der Heimatlunde zum Ziel gesetzt hat. Viel Beachtung gefunden hat seine Arbeit über die Bromberger „Brüderschaft der Heiligen Anna“. Seine besonderen Verdienste hat sich der Verstorbene durch die Schaffung des Stadtarchivs und die Vereinigung sämtlicher die Stadt betreffender Dokumente und Akten erworben, die sich bisher in den verschiedenen Ämtern ungeordnet befanden.

§ Sein 25jähriges Meisterjubiläum bezieht am 13. d. M. Büchsenmacher- und Mechanikermeister Georg Kesterke. Aus diesem Anlaß wurden ihm seitens der Schloßerinnung, der Ortsgruppe deutscher Handwerker sowie der hiesigen wie auch auswärtigen Schützengilden und anderen Organisationen Ehrungen zu teil.

§ Was alles gestohlen wird. Dem Gimnazjalna (Deinhardtstraße) 6 wohnhaften Andrzej Lira wurden von einem Lager in der Petersstraße 20 Quadratmeter Zementplatten zum Belegen von Bürgersteigen gestohlen. — Aus der Leihbuchhandlung „Novitas“ entwendeten zwei Leser unbemerkt zwei Bücher im Werte von 14 Zloty. — Von einem Felde des Kazimierz Strzyszewski, Glinkenstr. 78 wurden mehrere Zentner Kartoffeln gestohlen. — Einbrecher entwendeten aus der Wohnung von Władysław Korniak, Artura Grotgera (Schleusenstraße) 9, Herren- und Damengarderobe im Werte von 800 Zloty. — Während eines Vergnügens in Potulice wurden zwei Fahrräder entwendet. — Auch Piotr Rogorzński, Danzigerstraße 54, sowie A. Witkowski, 20, Sycania (Goethestraße) 20, und Jan Rudny, Acyńska 26, wurden je ein Fahrrad entwendet.

Mißlungener Raubüberfall auf ein Pfadfinderlager.

Am Strand in Seewald (Przyjezierze) hat eine Warschauer Pfadfindergruppe vor einigen Tagen ein Lager aufgeschlagen. In einer der letzten Nächte wurde dieses Lager von Banditen überfallen, die einen Kassenraub verübten wollten. Jedoch verhinderte die Wache diesen Plan. Bei der Verfolgung der Täter gaben diese einige Revolvergeschosse ab. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen, ihrer habhaft zu werden.

Unfall beim Brunnenbau.

Während des Brunnenbaues bei dem Landwirt Fahrenschmidt in Swiniary ereignete sich ein Unfall. Beim Herablassen der Zementrohre in die Brunnenöffnung wurde die 14-jährige Ehefrau des F. von der Welle zur Seite geschleudert, so daß sie in den sieben Meter tiefen Brunnen stürzte und sich einen Armbruch und schwere Beinverletzungen zuzog.

ss Juwoclaw, 15. Juli. Noch nicht ermittelte Täter zertrümmerten nachts am Marktplatz das Schaufenster der Firma Kisielnicki und stahlen daraus drei Ballen Angussstoffe im Werte von 700 Zloty.

Vor dem hiesigen Bürgergericht hatte sich eine fünfköpfige Diebesbande zu verantworten, die mehrere Einbrüche und Diebstähle verübt hat. Verurteilt wurden J. Waszko und zwei Frauen, Pacanowski und Pacholki zu je einem Jahr, Grabkowski und Pacholska wegen Dieberei zu je zehn Monaten Gefängnis. Während erstgenannter weiterhin in Haft blieb, wurden die anderen auf freien Fuß gesetzt.

z Juwoclaw, 14. Juli. Bei dem Besitzer Wilhelm Gruber in Diet Wielki geriet das Wohnhaus infolge des schadhaften Kamins in Brand und das Gebäude wurde eingäschert. Der Schaden beträgt etwa 3000 Zloty und ist durch Versicherung gedeckt.

In Wielowiec fiel die 20-jährige Agnieszka Pasch, als sie das Dorfkreuz schmücken wollte, von der Leiter und stürzte rücklings auf den Zaun. Hierbei erlitt sie außer allgemeinen Körperverletzungen einige Rippenbrüche. Das bedauernswerte Mädchen, das entsetzliche Schmerzen erlitt, wurde sofort dem Krankenhaus überwiesen.

ss Mogilno, 15. Juli. Im Einverständnis mit der Preiskommission hat der Kreisrat folgende Höchstpreise festgelegt: für 100 Kilogramm 70proz. Roggenmehl 30 Zloty, 82proz. Roggenmehl 28 Zloty, für Roggenstrotmehl 26,50 Zloty und für 65proz. Weizenmehl 37,50 Zloty. Diese Preise sind im Großhandel zulässig. Im Kleinhandel kostet 1 Kilogramm der genannten Mehlorten 35, 32, 31 und 43 Groschen. Ferner kosten 1 Kilogramm Schweinefleisch — Seitenstück — 1,50, Karbonade — 1,60, Rippenstück 1,50, frischer Speck 2,00, Schweineschmalz 2,40, Wurstschmalz 1,40, Schmer 1,50, ausgelassener Schmer 1,70 Zloty. Ein 2-Pfund-Roggenbrot kostet bis zum 17. Juli 32, danach 30 Groschen.

ss Mogilno, 14. Juli. Am vergangenen Sonntag veranstaltete die Ortsgruppe Mogilno der Deutschen Vereingung im Garten und in den Räumen des Deutschen Vereinshauses ein Sommerfest. Mitglieder und Gäste sangen gemeinsam „Uns ward das Los gegeben“, worauf Ortsgruppenvorständler, Gutsbesitzer Ido Roth-Twierzdzin, eine Begrüßungsansprache hielt. Nach dem gemeinsamen Gesang „Nur der Freiheit gehört unser Leben“ sprach Kamerad Adermann aus Rzekto zu den Versammelten. Mit dem Feuerspruch wurde der offizielle Teil dieser Veranstaltung geschlossen. Es folgten Volkstänze und Weigen. Ferner fanden die Teilnehmer und Gäste bei Schieß- und Regelsport sowie bei Musik und Gesang Zerstreuung, so daß die fröhlichen Stunden sehr schnell verliefen.

ss Powidz, 14. Juli. In der Zeit vom 1. April bis 30. Juni d. J. wurden im hiesigen Standesamt 35 Geburten (20 männliche und 15 weibliche), 29 Todesfälle (21 männliche, 8 weibliche) und 12 Eheschließungen registriert.

z Posen (Poznań) 15. Juli. Der Schlachthofarbeiter Marian Gaertig wurde auf dem Städtischen Schlachthof von einem schweren Gegenstande, der von einem Regal herabfiel, am Kopf getroffen und schwer verletzt. Er wurde im hoffnungslosen Zustande ins Stadtkrankenhaus geschafft.

Der Einbruch in das Stofflager der Landesgenossenschaft im Raiffeisengebäude im Januar d. Js., bei dem Stoffe im Werte von 5000 Zloty gestohlen wurden, bildete erneut den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Appellationsgericht als Revisioninstanz. Das Landgericht hatte die beiden Haupttäter Dwezarezał und Piotrowicz zu drei Jahren Gefängnis und den dritten Angeklagten Zieliński zu 1 Jahr Gefängnis und 200 Zloty Geldstrafe verurteilt. Das Appellationsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz.

Als Einbrecher festgenommen wurden ein Jan Stawicki und Zygmunt Kujawa, die bei einem schweren Einbruch Schmuckschätze, Kleidungs- und Wäschestücke in bedeutendem Wert gestohlen hatten. Ein Teil der Beute konnte ihnen abgenommen werden.

Von Bettlern gebrandschakt werden jetzt wieder ganz besonders die Bewohner der alten Stadtteile, da sie in die Villen der neuen Stadtteile infolge der Verschließung der Häuser auch am Tage nicht hineingelangen können. Wenn sie abgewiesen, so ergeben sie sich in ungezogenen Redensarten. Sie „verlangen etwas zu fressen“ und erklären, wenn sie nichts bekommen: „Na wartet nur; es wird noch die Zeit kommen, wo wir in den Wohnungen sitzen werden und ihr betteln kommt.“ Es fällt oft sehr schwer, die aufdringlichen Bettler wieder loszuwerden. Die Polizei hatte vor kurzem der Bettelerei den Krieg angesagt; es wäre dringend erwünscht, daß sie ihr wieder einmal ihre Aufmerksamkeit zuwendet!

+ Schubin (Szubin), 15. Juli. Das Kreisstarostwo macht darauf aufmerksam, daß die Registriertafeln für mechanische Fahrzeuge im Kreisstarostwo in den Dienststunden umgetauscht werden können. Bei dem Umtausch sind die alten Tafeln und die entsprechenden Papiere vorzulegen.

ss Strzelno (Strzelno), 15. Juli. Während des Brodbackens entstand auf dem Gehöft der Besitzerin Czeglawa Kozłowska in Baborze Feuer, welches die Scheune, den Stall, zwei Schuppen dazu landwirtschaftliche Maschinen einschloß. Der Schaden beträgt 7000 Zloty. — Ferner brannten in Krzywokolano die Scheune, der Stall, die Wagenremise und zwei Schuppen mit landwirtschaftlichen Maschinen des Landwirts Michał Bucik ab, wodurch derselbe einen Schaden von 6000 Zloty erlitt. — Während eines dritten Brandes in Wojciszew wurden ein Wohnhaus und der Stall des Besitzers Stanisław Maknowski sowie ein Stall seines Nachbarn Jakob Ruzkiewicz ein Raub der Flammen. Letzterer beziffert den Schaden auf 3300 Zloty.

+ Wirsitz (Wyrzysk), 15. Juli. Das Wojewodschaftsamt Abteilung Landwirtschaft und Agrarreform hat einen Termin zur Versteigerung der zum Vormerk Augustenhof gehörenden Gebäude auf den 21. Juli, mittags 1 Uhr, auf dem Gute Biskowo, Vormerk Augustin, Bahnstation Witostow, angelegt. Zur Versteigerung kommen u. a. eine mit Stroh gedeckte Scheune, Holzschuppen, Einwohnerrhäuser, Ställe usw. Erworbene Gebäude müssen von den Erwerbern mit den Fundamenten bis 1 Meter Tiefe abgebrochen werden. Die Arbeiten müssen innerhalb von vier Wochen nach Räumung durch die letzten Besitzer ausgeführt sein. Das Gelände ist sodann zu planieren. — Ferner hat das Wojewodschaftsamt Abteilung Landwirtschaft und Agrarreform die Versteigerung einer Feldscheune des Gutes Bydła Mala, Station Wielosławie, auf den 20. Juli, mittags 12 Uhr, an Ort und Stelle angeschrieben. Die Feldscheune ist mit Fundament bis zu einer Tiefe von einem Meter abzutragen und die Erde zu planieren.

+ Wirsitz (Wyrzysk), 15. Juli. Ein frecher Diebstahl wurde kürzlich in einem der Erdmannschen Häuser in der Polstrabe ausgeführt. Diebe, die mit den Räumlichkeiten vertraut gewesen sein mußten, gelangten vom Boden des einen Mietshauses durch ein Dachfenster in die Bodenkammer der Wohnung des Magistratsbeamten Kacmarek, von wo sie alle erreichbaren Wäsche- und Kleidungsgegenstände mitnahmen. Mit ihrer Beute fühlten sie die Diebe am Tage aber nicht sicher und so wollten sie die Sachen in der Nähe des Judenfriedhofes in den Betten verbergen. Hierbei wurden sie beobachtet und die herbeigerufene Polizei konnte die Diebe in Polizeigewahrsam nehmen.



Louis kämpft mit Schmeling?

Aus Newyork wird gemeldet:

Die Boxkommission des Staates Newyork hat den Beschluß gefaßt, Louis mühe, um den Weltmeisterschaftstitel einen Kampf mit Max Schmeling austragen. Für den Fall, daß Louis diesen Kampf nicht annimmt, wird die Kommission den Weltmeisterschaftstitel als „vakant“ ansehen und neue Kämpfe um den Weltmeisterschaftstitel auslösen.

Diese Meldung muß mit allem Vorbehalt aufgenommen werden, da bekanntlich amerikanische Beschlässe nach den letzten trüben Erfahrungen, welche die Sportwelt in Amerika hat machen müssen, keine reale Bedeutung besitzen. Man kennt vorläufig noch nicht die Pläne des Regers und ebenio wenig die Tatsache, was andere Staaten in USA zu machen gedenken. Bekanntlich haben in letzter Zeit auch andere Staaten in USA „Weltmeisterschaftskämpfe“ veranstaltet.

Wasserstandsrichten.

Wasserstand der Weichsel vom 16. Juli 1937.

Kraław — 2,45 (— 2,15), Zawichost + 1,54 (+ 1,51), Warchau + 0,76 (+ 0,73), Blocl + 0,40 (+ 0,42), Thorn + 0,20 (+ 0,23), Jordan + 0,24 (+ 0,29), Culm + 0,06 (+ 0,09), Graudenz + 0,25 (+ 0,30), Kurzebrat + 0,41 (+ 0,48), Biedel — 0,25 (— 0,19), Derschau — 0,32 (— 0,22), Einlage + 2,24 (+ 2,30), Schwienhorst + 2,58 (+ 2,60). (In Klammern die Meldung des Vortages.)

Chef-Redakteur: Gotthold Starke (in Urlaub); verantwortlicher Redakteur für Politik: Johannes Kruse; für Handel und Wirtschaft: Arno Stöbke; für Stadt und Land und den übrigen unpolitischen Teil: Marian Hepler; für Anzeigen und Reklamen: Edmund Prędoński; Druck und Verlag von A. Dittmann & S. o. p., sämtlich in Bromberg.

Die heutige Nummer umfasst 10 Seiten einschließlich Unterhaltungsbeilage „Der Hausfreund“

Pommerellen.

16. Juli.

Grudenz (Grudziadz)

Verriegelte Autobusse.

Wieder regelmäßiger Verkehr auf der Strecke Grudenz-Briesen.

Einer gründlichen Besserung bedürftig waren die Zustände des Autobusverkehrs Grudenz-Briesen. Die kursierenden Wagen befanden sich nicht mehr in der eine genügende Sicherheit verbürgenden Verfassung.

Herabsetzung des Brotpreises. Vom Stadtpräsidenten wird bekanntgegeben, daß der Brotpreis in Übereinstimmung mit der Verordnung des Ministeriums des Innern auf 34 Groschen für 1 Kilogramm ermäßigt worden ist.

Die Angelegenheit der Schlachtungen, die am zweiten Osterfeiertag im hiesigen Schlachthaus vollzogen wurden, und die, wie Stadtpräsident Wlodek in der damaligen Sitzung der Stadtverordneten mitteilte, eine Bestrafung des Direktors des Schlachthauses mit einer Geldbuße von 40 Zloty nach sich ziehen, ist, wie der „Dziennik Grudziadzki“ mitteilt, damit noch nicht beendet.

In der letzten Monatsversammlung des Grudenzener Rudervereins wurden Regattaberichte erstattet, und zwar über die Internationale Regatta in Danzig am 4. Juli d. J., bei welcher der G. R. V. leider keine Erfolge hatte, und über die Internationale Regatta in Bromberg am 27. Juni, auf welcher der G. R. V. schöne Siege errang.

Rettenkursus. Einen Kursus zur Vermittlung der Kenntnisse und Fähigkeiten zur Rettung von in Ertrinkungsgefahr befindlichen Personen veranstaltet das Städtische Sportkomitee. Daran können organisierte und nicht-organisierte Männer und Frauen teilnehmen.

Erhebliches Beschädigung hatte Mittwoch mittag der Lenker eines Kleinwagens, der nach einer hiesigen Kaserne fahren wollte. Als der Wagen die Brücke über den Trinkkanal passieren wollte, kippte er und die Ladung fiel zum Teil ins Wasser.

Unschädlich gemachte Diebesbande. Infolge eines feinerzeit bei einer hiesigen Einwohnerin verübten Wohnungseinbruchs, bei dem eine Geldsumme von 1000 Zloty gestohlen wurde, entfaltet die Kriminalpolizei eine besonders intensive Tätigkeit, um die Täter zu ermitteln.

Thorn (Torun)

Der Wasserstand der Weichsel betrug Mittwoch früh 0,29 Meter und Donnerstag früh 0,28 Meter über Normal, mithin 6 Zentimeter weniger als am Vortage. Das Wasser hatte eine Temperatur von 16 Grad Celsius. Die Personen- und Güterdampfer „Batory“, „Atlantyk“ und „Gonic“ bezw. „Fagiello“ passierten die Stadt auf dem Wege von der Hauptstadt nach Dirschau bezw. nach Danzig, und auf dem Wege von Danzig bezw. von Dirschau nach Warschau machten die Passagier- und Frachtdampfer „Medusa Ordonia“ bezw. „Francja“, „Fredro“ und „Belgia“ hier Station.

Belgisches Bizekonsulat in Thorn. Der Staatspräsident hat Herrn Gustav Fauche die Eregatur als Ehrenbizekonsul Belgiens in Thorn für den Bereich der Wojewodschaft Pommerellen mit Ausnahme der Stadt Gdingen sowie des Bromberger Kreises erteilt.

Zum Kurator des in der Neubildung begriffenen Pommereller Schulzentrums in Thorn wurde der frühere, seit 1928 im Ruhestand lebende Visitor im Bezirkszentrums in Lodz und Wilna Antoni Ryniewicz ernannt.

Die Schneider- und Kürschnerinnung in Thorn veranstaltet einen am Montag, dem 19. Juli, beginnenden neuzeitlichen Zuschneiderkursus, der durch einen Absolventen der Londoner Akademie geleitet wird.

Ein raffiniertes Betrug brachte den 37jährigen Maler Edmund Bialecki aus Ostrowite bei Thorn auf die Anklagebank des Burgerichts. Bialecki kam eines schönen Tages nach Thorn, wobei er einen für den Ankauf von Farben, Tapeten, Leim usw. bestimmten Betrag von 31 Zloty mit sich führte.

Wegen Diebstahls einer goldenen Armbanduhr zum Schaden ihrer besten Freundin mußte ein junges Mädchen auf der Anklagebank des hiesigen Burgerichts Platz nehmen. Das Urteil lautete auf 2 Monate Arrest, wobei mit Rücksicht auf das jugendliche Alter der Angeklagten ein dreijähriger Strafaufschub bewilligt wurde.

Aus dem Landkreis Thorn 15. Juli. Ein nermegener Einbruch wurde in Gostkau bei dem Landwirt Jan Juda verübt. Unbekannte Täter drangen nach Einschlagen einer Fensterscheibe in die Wohnung und entwendeten einen Anzug, Wäsche und ein Grammophon mit Platten im Gesamtwert von zirka 560 Zloty.

Roniz (Chojnice)

Zum Sommerfest des BDR wird ergänzend berichtet, daß gleichzeitig ein Zug endtreffen der BDR-Jugend aus ganz Pommerellen stattfand, an dem zirka 500 Jugendliche teilnahmen. Die Festrede hielt Professor Dr. Kühn aus Grawdenz.

Biblische Vorträge finden gegenwärtig in der Dreifaltigkeitskirche statt. Am Mittwoch behandelte der Superintendent das Thema „Die Religionen der Erde und unsere evangelisch-christliche Mission“. Am Donnerstagabend fand ein weiterer Vortrag, „Was heißt das: Ich bin gottgläubig“, statt.

Weitere interessante Funde wurden bei den Schachtarbeiten für das katholische Pfarrhaus gemacht. Es zeigte sich, daß zirka 10 Meter von der alten Stadtmauer, welche zur Ordenszeit errichtet war, noch eine ältere Befestigungsanlage vorhanden war, welche aus hölzernen Palisaden bestand.

Allerlei Diebstähle. Am 14. d. M. meldete der Leiter der hiesigen Besserungsanstalt der Polizei, daß unbekannt Täter vom Gut der Anstalt etwa 70 Kilo frische Kartoffeln gestohlen haben. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß die Täter Leute von der Arbeitslosenkolonie gewesen sind.

Dirschau (Tczew)

Der Wojewode in Dirschau.

Am Donnerstag weilte in Dirschau der Wojewode von Pommerellen. In den Vormittagstunden traf der Wojewode mit dem Auto vor der Starostei ein, um sich dann mittags an die Weichsel und von hier auf den bereitstehenden Dampfer „Tczew“ zu begeben, der festlichen Flaggen schmuck angelegt hatte.

Aus der Polizeichronik. In einer der letzten Nächte verschafften sich noch nicht ermittelte Diebe durch Zerörung des Türverschlusses Eingang in den Werkstattkeller von Jan Sowiaski von hier und stahlen eine Anzahl Schlosserhandwerkzeuge. In Gnischau stahlen Diebe vom Hof des Sieblers Wladyslaw Kosicki acht Meter lange Nichtenstangen, die die Polizei aber bereits dem Geschädigten zurückerstatten konnte.

de Gefunden wurde von einem Arbeiter auf der Chaussee bei Subkau ein Auto-Ersatzrad mit grauer Bereifung und auf dieser die Firmenaufschrift „Terestona“, „Made in England“.

Der letzte Wochenmarkt war gut und reichhaltig besetzt, die Kauflust war mittelmäßig. Für Molkereibutter zahlte man 1,40-1,50, für Landbutter 1,10-1,20, Weiskäse 0,25-0,30, Tilsiterkäse 0,80-1,10, Eier 1,00-1,20.

Berent (Koscierzyna), 15. Juli. Am Sonntag fand auf dem Gut Niedamowo eine von der Landbund-Ortsgruppe Eichenberg veranstaltete Flurschau statt. Nicht weniger als 81 Teilnehmer hatten sich zu dem Rundgang durch die Felder eingefunden.

Culmsee (Chelmza), 15. Juli. Wegen Mißhandlung seines Vaters wurde der 30 Jahre alte Edmund Stencel durch das hiesige Burgericht zu 14 Tagen Gefängnis verurteilt.

Czerzk, 15. Juli. Der Kaufmann Roman Artel aus Grudenz meldete der Polizei in Czerzk, daß ihm im Restaurant Kasperel in Czerzk aus der Manteltasche ein Geldtäschchen mit einem Geldebtrag von 200 Zloty gestohlen worden ist.

Strasburg (Brodnica), 15. Juli. Auf der neuerbauten Eisenbahnstrecke Strasburg (Brodnica)-Kypin ereignete sich in Michelow (Micholowo) ein schrecklicher Unfall. Der vierjährige Kazimierz Kruszynski aus Michelow geriet dort unter die Räder eines fahrenden Zuges.

Zempelburg (Sepolno Krainskie), 15. Juli. Der deutsche Turnverein führte kürzlich sein alljährliches Sommerfest durch. Der Vorsitzende Lux begrüßte die zahlreich erschienenen Gäste.

Seinen 70. Geburtstag konnte am 10. Juli Herr Richard Stahr begehen. Als Sohn eines Pfarrers, geboren in Fordon bei Bromberg, studierte Herr Stahr Landwirtschaft und war später Pächter von größeren Gütern.

Einen Motorradunfall erlitt Tischlermeister Willi Fahnke auf der Konitzer Chaussee. Durch das Plagen des Vorderreifens geriet das Motorrad gegen einen Chausseestein.

Auf dem letzten Kram-, Vieh- und Pferdemarkt herrschte nur wenig Betrieb. Das Angebot an Vieh war ungenügend. Auf dem Pferdemarkt wurden hohe Preise für gute Pferde gefordert, jedoch wurde wenig gekauft.

Freie Stadt Danzig.

Die Adnigsttrompeten im Zoppoter „Lohengrin“.

(Von unserem Danziger Mitarbeiter.) Es wird die musikalischen Kreise interessieren, daß zum ersten Mal in der Zoppoter Waldoper die von Richard Wagner selbst für „Lohengrin“ erbachten, langen Adnigsttrompeten verwendet werden.

Ein weiteres Interesse wird die Orgel im zweiten Akt finden. Es ist gelungen, nach den verschiedensten Experimenten, die mächtigen Orgelklänge beim Kirchengang durch Übertragung zu erzielen, so daß eine noch nie erreichte Wirkung überraschen wird.

61 neue Hinrichtungen in Sowjetrußland. Insgesamt 213 Hinrichtungen in Ostsibirien.

Wie die Iobien in Moskau eingetroffene Chaborowitzer Zeitung „Ziagoskanskaja Swesda“ vom 4. Juli berichtet, fand in der Stadt Swobodnoje (im sowjetrußischen Fernostgebiet) vor einem Sondergericht des Obersten Militärgerichtshofs der Sowjetunion ein neuer sensationeller Hochverratsprozess statt, auf dem nicht weniger als 61 Angeklagte zum Tode verurteilt worden sind. Die Verurteilten, die wiederum sämtlich Angestellte der Eisenbahnlagen des Fernen Ostens sind, hätten systematische Spionagetätigkeiten betrieben, gegen die Epigen des Sowjetstaates eine Reihe von terroristischen Akten vorbereitet, Eisenbahnkatastrophen mit zahlreichen Opfern organisiert, Schälungs- und Sabotageakte zum Zweck der Untergrabung der Verteidigungsfähigkeit der Sowjetunion ausgeführt, in der Absicht, eine ausländische Macht bei deren Überfall auf die Sowjetunion zu unterstützen, insbesondere durch Zerstörung der Eisenbahnlinien, durch Explosionen und Brandstiftungen, sowie durch Vergiftung der Wasserleitungen.

Das Urteil über die 61 Angeklagten, so heißt es in der Meldung der gleichen Zeitung weiter, sei bereits vollstreckt worden. Damit erhöht sich die Zahl der innerhalb der letzten Wochen nach den Angaben desselben Blattes — allein im fernöstlichen Sowjetgebiet und ausschließlich unter den Funktionären der dortigen Eisenbahnlagen — Hingerichteten auf 213. Auch dieses Urteil, dessen abenteuerliche Anschuldigungen gegen die Angeklagten und indirekt gegen Japan das bisher dagewesene weit hinter sich lassen, wird von der Moskauer Presse geslistentlich verschwiegen.

7 Landsleute Stalins hingerichtet.

Die Tifliser Zeitung „Starja Wostoka“, die, wie bereits wiedergegeben, in ihrer Ausgabe vom 10. Juli einen Sensationsprozess gegen georgische Persönlichkeiten meldete, teilt in ihrer zuletzt nach Moskau gelangten Ausgabe die Urteilsvollstreckung mit. Alle 7 zum Tode verurteilten Funktionäre, darunter der frühere Volkskommissar Mdiwani, sind am 10. Juli bereits hingerichtet worden.

Die Beseitigung der maßgebenden Landsleute Stalins wird von der Presse, ebenso wie bei dem in diesen Tagen bekannt gewordenen Massenprozess im Fernostgebiet mit Ausdrücken händischer Erbarmlichkeit Stalin gegenüber und schwersten Beschimpfungen für die vor kurzem noch hoch gelobten Taten begleitet. „Zermalmt das erbärmliche Gewürm! Geht den Schlangen, Spionen und Verrättern den Hundetob.“ — So lauten die von den Propagandisten formulierten „Stimmen des Volks“ in der georgischen Lokalpresse. Die alle Bezeichnungen bekleideten noch bis vor kurzem als Volkskommissare, Universitätsrektoren, Wirtschaftsfunktionäre und dergleichen die maßgeblichsten Posten.

Betrüger sammelten für das „rote Spanien“ in Polen.

Der Warschauer Kriminalpolizei ist es gelungen, einer Betrügerbande auf die Spur zu kommen und deren Mitglieder zu verhaften, die schon seit längerer Zeit in Warschau Sammlungen für das rote Spanien veranstalten, das Geld aber für sich behalten. Mit besonderen Empfangsbefähigungen, Propagandaschriften, Flugblättern wurde für die Sammlung in geschickter Weise geworben. Bei den von der Polizei in den Wohnungen der Betrüger vorgenommenen Hausdurchsuchungen konnte auch eine größere Menge kommunistischer Flugblätter beschlagnahmt werden. Auch das vorgefundene Bargeld wurde beschlagnahmt.

Obwohl die Polizei nicht feststellen kann, welche Summen von den Sammlern ergaunert worden sind, so muß man doch schließen, daß sie es verstanden haben, die Kreise aufzufinden, die für das rote Spanien besonders begeistert und auch zur Unterstützung desselben bereit sind, da sie von dem Geld einen guten Tag leben konnten.

Espanische Kontraste.

Beichte im roten und im nationalen Spanien.

Die folgenden beiden Berichte, die einen Einblick in die gegenwärtige Lage Spaniens unmittelbar vor der nationalen Offensive geben, stammen von einem neutralen Beobachter, der Gelegenheit hatte, eine Besichtigungsfahrt hinter den Fronten zu unternehmen.

Barcelona unter Sowjetterror.

Wenn die Sonne sich am Abend über Barcelona senkt, dann lagert sich ein Goldnebel über der Stadt, über ihren Türmen und Kuppeln und über der ganzen einzigartigen Silhouette. Aber diese in den Himmel hinauftragenden Türme sind stumm geworden. Die Stadt hört den Gesang ihrer Glocken nicht mehr und viele von ihnen stehen über einem verwüsteten Kirchenschiff, in dem sich nicht ein einziges Gebet mehr zum Schöpfer emporschwingt. Hoch oben auf einem Felsen liegt breit hingelagert die finstere Zitadelle von Montjuich gleichsam wie ein Wächter der toten Kirchen. Die rötliche Fahne, die von ihren Zinnen weht, ist für die Bürger der Stadt das Sinnbild der Iberischen Anarchistischen Föderation, in deren Händen die wirkliche Macht hier liegt.

Trotzdem, wenn man durch die Straßen von Barcelona geht, dann hat man immer noch den Eindruck einer gewissen Vornehmtheit. Die entschlichen Särechnisse der Terrorherrschaft haben nicht vermocht, ihn gänzlich zu verwischen. Aber das Leben haben sie erstickt. In dem wundervollen Hafen von Barcelona rührt sich nichts mehr. Die Raits sind verrotet. Vielleicht, daß ab und zu ein sowjetrußischer oder britischer Tanker, dem es gelungen ist, der Blockade der nationalenspanischen Kreuzer zu entweichen, einläuft und seine Ladung lüftet. Aber die Furcht vor den Minen, die vor dem Hafen ausgelegt sind, hat den Schiffsverkehr fast ganz unterbunden.

In den Straßen herrscht noch leidliche Ordnung, sogar eine gewisse Sauberkeit. Die Menschen füllen, wie das im Süden üblich ist, den Straßenraum an, promenieren und tragen ihr privates Leben unter das weite Dach des Himmels. Die schönsten Häuser der „Ramblas“ sind von der

Rein Vertrauen zu Sowjetrußland.

Ein General warnt Frankreich vor dem Militärbündnis mit der Sowjetunion.

Die Pariser rechtsstehende „Epoque“ veröffentlicht einen Artikel des General René Tournes, eines der hervorragenden Mitglieder des französischen Generalstabes während des Krieges und ehemaligen Militärattachés in Berlin, über die Gefahr, die Frankreich im Falle des Abschlusses eines Militärbündnisses mit der Sowjetunion drohen würde.

„Die Sache mit Tschatschewski“, schreibt der Verfasser, „erinnert die französische Meinung an die Frage des Bündnisses mit Sowjetrußland, das die kommunistischen Faktoren fördern. Aber entweder wurden Tschatschewski und seine Genossen zu Recht wegen Verrats verurteilt, und dann fragt man sich, was soll man von einem Heer denken, dessen Führer fähig sind, derartige Verbrechen zu begehen, oder diese Offiziere haben an Deutschland die Militärsgeheimnisse nicht ausgeliefert, und dann entsteht die Frage, welches Vertrauen man zu einer Regierung haben kann, die militärische Führer wegen politischer Ansichten dahingelassen läßt?“

Nach dieser grundsätzlichen Warnung geht General Tournes zu der Frage des Bündnisses selbst über und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß ein französisch-sowjetrußisches Militärbündnis den Eindruck einer Einkreisung Deutschlands machen würde, was man z. B. vom französisch-polnischen Bündnis nicht sagen kann. Ein Bündnis mit der Sowjetunion würde auch eine Verständigung der Generalstäbe schon in der Zeit des Friedens zur Folge haben. Diese Generalstäbe müßten sich wenigstens zum Teil ihre Mobilisierungspläne usw. mitteilen. Infolge der letzten Ereignisse, die in Sowjetrußland vorgekommen sind, könnte der französische Generalstab nicht die Sicherheit haben, daß diese wichtigen Pläne nicht zur Kenntnis der Deutschen gelangen würden.

Weiter stellt der Verfasser fest, daß im Falle eines Krieges mit Deutschland seine ganze Last auf Frankreich fallen würde, das eine 700 Kilometer lange Grenze mit Deutschland hat, während die Sowjetunion, die eine solche gemeinsame Grenze nicht besitzt, Frankreich mit einer ergebnissen Hilfe nicht unterstützen könnte. Dasselbe gilt von dem sowjetrußischen Flugwesen mit Rücksicht darauf, daß dieses zunächst das Gebiet der neutralen Staaten verletzen müßte und darüber hinaus zu entfernt wäre von seiner Aktionsbasis. General Tournes erinnert schließlich an die Zeit des Großen Krieges und den Abschluß eines Sonderfriedens mit den Zentralmächten in Brest-Litowsk und betont, daß sowohl diese Vorfälle als auch die durch Lenin und die bolschewistischen Führer gepredigten Theorien es nicht geliaten die Hoffnung zu nähren, daß die Sowjetunion die übernommenen Verpflichtungen getreulich innehalten würde.

„Ein Militärbündnis mit der Sowjetunion“, so schließt General Tournes, „wäre also ein Pakt, auf Grund dessen Frankreich im Falle eines Krieges alle seine Kräfte anspannen würde und die größte Anstrengung machen müßte, während die Sowjetunion, die Frankreich nicht zu Hilfe kommen könnte, keinen Gefahren ausgesetzt wäre.“

Litwinow „konsolidiert das Friedenspotential.“

Außenkommissar Litwinow veranstaltete zu Ehren des in Moskau weilenden schwedischen Außenministers Sandler ein Dinner. Die Sowjetpresse veröffentlicht den Wortlaut der bei diesem Anlaß ausgetauschten Reden. Der schwedische Außenminister wurde von Litwinow mit Komplimenten begrüßt, wobei der Redner die Schriftstellerische

In Zoppot
ist die
„Deutsche Rundschau“
im Einzelverkauf zu haben

bei: **R. Kiesslich**, Buchhandlung, Am Markt 12
A. Gehrke, Buchhandlung, Nordstraße 7
Bahnhofsbuchhandlung.

Tätigkeit Sänders besonders hervorhob, der neben sozialpolitischen Arbeiten als Übersetzer des „Kapitals“ von Karl Marx ins Schwedische hervorgetreten sei. Litwinow behauptete, daß die Kräfte, die er als „Friedenskräfte“ bezeichnete, weniger entschlossen, weniger energisch und unter sich weniger einig seien als die Mächte, denen er die Verantwortung für die Beunruhigung Europas zuschieben möchte. „Die Aufgabe des Augenblicks“, sagte er, „besteht unserer Ansicht nach in der Konsolidierung des Friedenspotentials.“ Besonders bemerkt wurde eine Wendung in der Rede Litwinows, die in gewissem Widerspruch steht zu der erst unlängst geäußerten Auffassung Sänders, daß eine eventuelle Revision des Artikels 16 des Völkerbundespaktes erwogen werden könnte. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Schweden nannte Litwinow auf allen Gebieten normal.

Der schwedische Außenminister Sandler antwortete auf die Rede Litwinows mit allgemeineren Wendungen. Er hob die Unterschiedlichkeit der Verhältnisse und Methoden in den beiden Ländern hervor. „In meinem Land wird unter anderen Verhältnissen und Methoden, die bei uns für die zweckmäßigsten gehalten werden, eine Arbeit geleistet, die das Ziel verfolgt, dem ganzen schwedischen Volk die Wohlstandsquellen zur Verfügung zu stellen, über die unser Staat verfügt... Das schwedische Volk ist für die Politik des Friedens und für internationale Zusammenarbeit. Wir wünschen, daß sich diese Zusammenarbeit trotz des Unterschieds der ideologischen Konfessionen erweitert.“

Gefangenenaustausch

zwischen Litauen und Sowjetrußland.

Zwischen den zuständigen sowjetrußischen und litauischen Behörden werden seit einiger Zeit Verhandlungen wegen eines neuen Austauschs von politischen Gefangenen geführt. Es ist bereits eine Liste von 20 Personen litauischer Nationalität, die sowjetrußische Staatsbürger sind, aufgestellt worden, die demnächst nach Abschluß der Verhandlungen gegen in Litauen wegen kommunistischer Umtriebe verurteilte Personen ausgetauscht werden sollen. Die Litauer in Sowjetrußland sind wegen angeblicher illegaler Bestimmung und trotzkistischer Umtriebe in Haft. Wie es scheint, ist die Zahl der in sowjetrußischen Gefängnissen befindlichen Litauer nicht gering, da bereits in früheren Jahren eine größere Anzahl von ihnen gegen Kommunisten aus Litauen ausgetauscht worden ist.

Die „Ando“ verhandelte nicht mit den Juden.

Zu der in der polnischen Presse vielfach erörterten Meldung, daß die Ukrainer der „Ando“-Partei mit den Juden wegen der Bildung eines neuen Minderheitenblocks in Polen Fühlung genommen hätten, hat das Präsidium der „Ando“ eine Erklärung veröffentlicht. In dieser Erklärung bestritt sowohl die „Ando“ wie auch die Ukrainische Parlamentarische Vereinigung, daß sie Unterhandlungen mit den Juden zu dem erwähnten Thema geführt hätten. Aus dieser Erklärung kann man jedoch herauslesen, daß eine Fühlungnahme „nichtverantwortlicher“ Mitglieder der „Ando“ mit den Juden doch stattgefunden haben dürfte.

Streitheber und Raubmörder.

Vor dem Warschauer Appellationsgericht als der zweiten Instanz wurde ein Prozess gegen 26 Kommunisten entschieden, die sich seit dem Jahre 1932 in der Wojenowtschka-Bialystok betätigt hatten. Es war ihnen dort gelungen, mehrere Organisationen unter ihren Einfluß zu bekommen und die Gewerkschaften so zu unterminieren, daß sie aufgelöst wurden und an ihrer Stelle neue rein kommunistische Organisationen entstanden. Nach verschiedenen Streiks in den Jahren 1935 und 1936 gingen die Kommunisten zur Blockierung des Polizeipostens, zu einem Raubüberfall auf eine Oberförsterei, wobei ein Angestellter der Försterei getötet und zwei weitere schwer verletzt wurden, und zu einem weiteren Raubüberfall auf ein Pflanzgut über, der ebenfalls mit einem Mord verbunden war. Der Polizei war es schließlich gelungen, den geheimen Stab der kommunistischen Organisation bei einer Zusammenkunft im Walde zu überreifen. Das Appellationsgericht bestätigte das Urteil der ersten Instanz, wonach vier Kommunisten zum Tode und 22 zu Zuchthausstrafen von zwei bis acht Jahren verurteilt worden waren.

Iberischen Anarchistischen Föderation mit Beschlag belegt. Sie ist die Herrin der Stadt und des Landes. Die Generalität von Katalonien zittert vor ihr. Dann aber erkennt man überall den sowjetrußischen Einfluß. Überall Anschläge in russischer Sprache, riesenhafte Porträts von Stalin, von Lenin und von den Größen der spanischen Revolution. Mit ihnen sind namentlich die Denkmäler auf dem schönen „Katalanischen Platz“ beplästert.

In den Hauptstrahlen sind Raussprecher aufgestellt, durch die amtliche Mitteilungen und heberische Reden der Agitatoren für die Weltrevolution verbreitet werden. Hier und da bilden sich Gruppen von Zuhörern, die sich schweigend die Rundfunkpredigten anhören. Die meisten Leute gehen aber vorüber, ohne sich aufzuhalten und ohne das, was da aus dem Raussprecher schallt, auch nur zu beachten. Im Straßenbild fallen die vielen Militärsoldaten auf. Sie sind meistens unbewaffnet und ihre Uniformen sind ganz verschiedenartig zusammengestoppelt. Wenn man ihre Gespräche belauscht, kann man hören, wie sie etwa die letzten Nachrichten aus Madrid kommentieren. Sind sie ungünstig für Franco, dann leuchtet die Schadenfreude auf ihrem Gesicht. Haben die Notizen eine Schlappe erlitten, dann wird man bedenklich und flüstert verstohlen miteinander. In den Zeitungskiosken findet man nur revolutionäre Blätter, die immer, gleichviel, was an den Fronten passiert, mit dicken Überschriften Siegesnachrichten melden.

Im ganzen ist der Eindruck der Menschen von Barcelona der eines Volkes, das zur Hälfte niedergedrückt ist von den traurigen Wirklichkeiten des Lebens, zur anderen Hälfte künstlich mit den Hoffnungen einer revolutionären Myrtel angeregt wurde und sich damit über das wirkliche Elend der Lage hinwegtröstet. Das Geschäftsleben liegt vollständig daneben. Die Kaufleute warten in ihren Läden vergeblich auf Käufer. Nur vor den Bäcker- und Fleischläden stehen lange Schlangen von armseligen Gestalten an. Aber in diesen Läden fehlt die Ware.

Glocken über Palma de Majorca.

Palma de Majorca gehört den spanischen Nationalisten. Draußen auf dem blauen Wasser der wundervollen Bucht sieht man einige Kreuzer liegen. In der Luft über Flug-

geschwader. Unmittelbar am Strand erhebt sich die gewaltige gotische Kathedrale, prächtig in ihrer Architektur aus dem 13. Jahrhundert. Das Geläut zahlreicher Kirchenglocken bestärkt den leidenschaftlich religiösen Charakter der spanischen Seele. Im Norden umgrenzen leicht im blauen Dunst verschleierte Berge die Stadt und von ihren Abhängen leuchtet das Grün der Drangenwälder von Valldemosa und La Cartuja. Hier suchte Chopin einst in Begleitung von George Sand Erholung von seinem Leiden.

In der „Paseo Borne“ fast nichts als Soldaten, Rekruten, Karlisten mit ihren orangefarbenen Baretts. Ihre Gesichter spiegeln eine völlige Sorglosigkeit wider. Die Front ist weit und der Sommer ist hier. Offiziere werden pünktlich und exakt gegrüßt, obwohl ihre Rangabzeichen weit weniger aufdringlich an der Uniform angebracht sind als die der Militärsoldaten von Barcelona. In den Zeitungskiosken natürlich nur Blätter nationalspanischer Färbung, daneben allerdings auch einige italienische Zeitungen. Die Kirchen quellen von Menschen über. Auf den Straßen sieht man überall Nonnen, Priester und Mönche. Überall herrscht peinliche Ordnung und Sauberkeit. In den Straßenbahnen ist es verboten, zu rauchen oder auszuspuken, und man wird niemand finden, der dieses Verbot überträte.

Die Zitadelle von Bellver ist das weiße Gegenstück zu der düsteren Festung von Montjuich in Barcelona. Im Hafen Torpedoboots. Nicht dabei werden Wasserflugzeuge montiert. Die Bewohner von Palma de Majorca wissen, daß die Luftwacht ihre Stadt mehr als einmal vor rottem Luftbombardement bewahrt hat. Die spanischen Flieger gelten als fähig und gewandt, obwohl die meisten von ihnen erst im Laufe des letzten Jahres ausgebildet wurden. Die Streitkräfte Francos beherrschen heute unbedingt das Meer, und jede rote Expedition gegen Palma wäre von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Wenn man erst in Barcelona war und nachher Palma de Majorca besucht, bekommt man beinahe den Eindruck, daß der Kampf in Spanien sich schließlich immer mehr zu einem Krieg für oder gegen die Religion auswirkt. Und wer die spanische Geschichte kennt, wird wissen, daß das Schicksal des Volkes sich nicht zum ersten Mal in diesem Gegenfall entscheidet.

Deutsch-französische Wirtschaftsverständigung.

Vor einer Steigerung des Warenaustausches. — Abkehr vom Clearingsystem.

Aus Berlin wird uns geschrieben:

Das vor einigen Tagen unterzeichnete deutsch-französische Handelsabkommen...

diesem Warenaustausch so zu gestalten, daß die beiden Wirtschaften gewisse Lücken, die in ihrer Eigenzeugung vorhanden sind, ausfüllen können.

Der Warenaustausch zwischen Deutschland und Frankreich ist ursprünglich sehr rege und umfangreich gewesen.

Durch das neue Handelsabkommen wird mit Sicherheit eine Erhöhung der Warenbewegung nach beiden Richtungen hin erreicht werden.

Auf französischer Seite liegt ein wachsender Warenbedarf vor. Die Sozialgesetzgebung der letzten Zeit, namentlich die Einführung

der 40-Stunden-Woche, die eine Verringerung der Produktion zur Folge hat...

Auf der anderen Seite hat auch Deutschland einen lebhaften Bedarf nach gewissen französischen Erzeugnissen...

Wenn das neue Abkommen auch auf dem Grundsatze der Gegenseitigkeit abgeschlossen ist...

Man kehrt zum freien Devisenverkehr zurück und auf beiden Seiten wird lediglich die Verwendung der Devisen im Sinne des Abkommens überwacht.

Dabei ist für Deutschland eine freie Devisenpasse in Höhe von 10 Prozent des Exporterlöses festgesetzt...

Im übrigen hat Frankreich eine Reihe von Kontingenten an Getreide und Zollerleichterungen...

Die Verwendung bestimmter Anteile der deutschen Exporterlöse für den nicht durch Warenlieferungen bedingten Zahlungsverkehr...

In den französischen Kolonien genießt Deutschland die Meistbegünstigung und das kann angesichts der dort bevorstehenden Investitionsarbeiten gute Entwicklungsmöglichkeiten bieten.

Wirtschaftliche Rundschau.

Keine Registermark mehr in Polen?

Die polnische Presse in Warschau verbreitet ein Gerücht, wonach in absehbarer Zeit die Registermark in Polen außerordentlich knapp...

Was die zukünftige Zuteilungsmöglichkeit von Registermark in Polen anbelangt, so wird darauf hingewiesen, daß Polen dem Baseler Stillhalteabkommen...

Wird die Getreideausfuhr wieder freigegeben? Der Ministerrat erörtert die Wirtschaftslage.

Das Volkswirtschaftliche Komitee des Ministerrats besaßte sich in der Donnerstag-Sitzung unter dem Vorsitz von Minister Kwiatkowski mit der Wirtschaftslage Polens.

Die Lage am Getreidemarkt bildete ein besonderes Problem einer eingehenden Erörterung.

Die Richtlinien der kommenden Getreidepolitik des Staates festgelegt, die in den nächsten Tagen bestätigt werden sollen.

Ebenso eingehend wurde die Frage erörtert, wodurch es möglich sei, der Landwirtschaft die notwendigen Futtermittel zu beschaffen.

Im Zusammenhang mit einem früheren Beschluß des Volkswirtschaftlichen Komitees bezüglich der Schaffung von Getreidereserven...

Aus diesem amtlichen Bericht des Volkswirtschaftlichen Komitees läßt sich lediglich die Tatsache erkennen, daß sich die Regierung mit den aktuellen Fragen der Getreidepolitik befaßt hat.

Belegung des Danziger Hypothekemarktes.

Aus Danzig wird berichtet: Bereits im vergangenen Jahre führte die starke Verflüssigung des Danziger Geldmarktes zu einer wachsenden Nachfrage nach Danziger Pfandbriefen.

Die Bank von Danzig hat in ihrem letzten Jahresbericht den Wiederaufbau eines geordneten Realcredits als eine der vordringlichsten wirtschaftlichen Aufgaben...

Die neuen Pfandbriefe werden in drei Serien im Betrage von je 1 Million Gulden ausgeben.

Oberösterreichische Kohlenindustrie gegen Arbeitszeitverkürzung.

Die drei bereits bekannten Gesetzentwürfe des polnischen Ministerrats zur Lösung der umstrittenen Frage der Arbeitszeitverkürzung im polnischen Bergbau...

In der Begründung zu diesem Beschluß heißt es, daß in keinem Staat, der mit der polnischen Kohle auf den internationalen Märkten konkurriert...

Geldmarkt.

Der Wert für ein Gramm reines Goldes wurde gemäß Verfügung im "Monitor Polski" für den 16. Juli auf 5,244 Zloty festgelegt.

Der Zinssatz der Bank Polski beträgt 5%, der Lombardzins 6%.

Table with exchange rates for various locations: Belgien, Spanien, Japan, London, Oslo, Schweden, Wien, Berlin, etc.

Die Bank Polski zahlt heute für: 1 Dollar, große Scheine 5,27 1/2, etc.

Table with exchange rates for various currencies: London, Schweden, Belgien, Italien, etc.

Effektenbörse.

Table with stock market data: Polener Effektenbörse vom 15. Juli, 5% Staats-Anleihe, etc.

Warthauer Effektenbörse vom 15. Juli.

Table with stock market data: Warthauer Effektenbörse, 3proz. Prämien-Anleihe, etc.

Produktenmarkt.

Amliche Notierungen der polnischen Getreidebörse vom 15. Juli. Die Preise verstehen sich für 100 Kilo in Zloty:

Table with grain prices: Weizen, Roggen, Gerste, etc. Richtpreise.

Amliche Notierungen der Bromberger Getreidebörse vom 16. Juli.

Die Preise lauten Parität Bromberg (Waggonladungen) für 100 Kilo in Zloty: Standard: Roggen 688,5 g/l, etc.

Table with grain prices: Roggen, Weizen, Gerste, etc. Transaktionspreise.

Richtpreise:

Table with grain prices: Roggen, Weizen, Gerste, etc. Richtpreise.

Allgemeine Tendenz: ruhig. Roggen, Weizen Gerste, Safer, Weizenmehl und Weizenmehl ruhig.

Table with grain prices: Roggen, Weizen, Gerste, etc. Allgemeine Tendenz: ruhig.

Gesamtangebot 485 to.

Warthauer Viehmarkt vom 15. Juli.

Getreide, Mehl- und Futtermittel abhüllte auf der Getreide- und Warenbörse für 100 Kg. Parität Waggon Warchau: Einheitsweizen 28,50-29,00, etc.

Table with livestock prices: Weizen, Roggen, Gerste, etc. Viehmarkt.